



Informationen aus Land und Kreis

Neue Förderung für Photovoltaik auf Mehrparteienhäusern

Mit der Förderung im Programm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ soll der Solarstrom-Ausbau auf bislang ungenutzten Dächern von Mehrparteienhäusern beschleunigt werden. Insgesamt stehen dafür rund 1,5 Millionen Euro bereit. Damit gewinnt die im August gestartete Initiative für mehr Photovoltaik auf Mehrparteienhäusern, die gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und der Landesgesellschaft NRW-Energy4Climate umgesetzt wird, weiter an Fahrt.

Konkret fördert das Land im Programm „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ ab sofort die „Erneuerung der Haus-elektrik“, die häufig Vor-

aussetzung für die Installation neuer Photovoltaik-Anlagen auf Mehrparteienhäusern ist. Darüber hinaus erhalten Vorhabenträger auch Zuschüsse für „Planungs- und Beratungsleistungen“.

Beide Förderbausteine erleichtern Investitionen für PV-Anlagen auf bislang ungenutzten Dachflächen und schaffen speziell für Wohnungen in städtischen Gebieten einen starken Anreiz, mehr Solarstrom lokal zu erzeugen und direkt zu nutzen.

Alle Informationen zu den Förderkonditionen, Antragsmodalitäten und Beratungsangeboten finden Sie hier. Weitere Informationen zur Initiative für mehr Photovoltaik auf Mehrparteienhäusern gibt es hier.

Bürgerschaftliches Engagement als neues Lehrziel

Ab dem Studienjahr 2025/2026 ist bürgerschaftliches Engagement fester Bestandteil im Curriculum der Verwaltungsstudiengänge der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW). Damit werden künftige Verwaltungsbeschäftigte frühzeitig für die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements, die Bedarfe Engagierter

und für Gelingensfaktoren guter Zusammenarbeit sensibilisiert.

Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, das dieses Thema in den Lehrplan einer Verwaltungshochschule integriert und ein weiterer Baustein zur Umsetzung der Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen. Hier finden Sie weitere Informationen zur Engagementstrategie.

Themen dieser Ausgabe:

Haushalt 2026 im Landtag eingebracht	2
Boisheim ist Gewinnerdorf!	3
Katholische Frauengemeinschaft aus Kempen besucht Landtag	4
Landesaktionsplan „Sport und Inklusion 2025 bis 2027“	4
4 Millionen Euro für Kunst und Kultur in kommunalen Museen	4
Aussetzung der globalen Mindeststeuer gefordert	5
Erster KI-gestützter Erlebnisplaner für NRW	5
400 Jahre St. Lambertus-Bruderschaft	6
Widerspruchslösung bei Organspende	6
Reform des Kinderbildungsgesetzes	6
Kostenlose Fortbildungsreihe zum Vereinsrecht	7
Philologen zu Gast im Landtag	7
Engagementpreis NRW 2025: Online-Abstimmung gestartet	7
20 neue Schnellbus-Linien	8
Europa-Schecks für 2026 jetzt beantragen	8
Land baut Beratungsangebot für Rückkehrer aus	8

Haushalt 2026 im Landtag eingebracht

Mit einem Gesamtvolumen von 112,2 Milliarden Euro setzt der Etatentwurf 2026 klare Schwerpunkte für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen. Bildung, Sicherheit, starke Kommunen und eine widerstandsfähige Wirtschaft haben Priorität. Auch der Transformationsprozess hin zu einer innovativen, resilienten und klimaneutralen Industrieregion wird weiter vorangetrieben.



Finanzminister Marcus Optendrenk: „Zusammenhalt und Solidarität sind die Stärken unseres Landes. Sie sind fest in der DNA Nordrhein-Westfalens verankert und bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Das zeigt sich auch im Haushaltsplanentwurf für 2026: Mit ihm stellen wir 112 Milliarden Euro für ein starkes, sicheres und zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen bereit.“

Investitionen für die Zukunft

Bildung bleibt auch im kommenden Jahr der größte Einzelposten im Haushalt. Über 43 Milliarden Euro sind für Kinder, Schulen und Hochschulen vorgesehen, ein Zu-



wachs von 1,7 Milliarden Euro gegenüber 2025. Allein in den Offenen Ganztage im Grundschulbereich

fließen fast eine Milliarde Euro. Das sind knapp 100 Millionen Euro mehr als im Vorjahr, zum Beispiel für 20.000 zusätzliche Plätze und 229 neue Stellen. Insgesamt stehen 2026 Mittel für über 500.000 Plätze zur Verfügung.

Die frühkindliche Bildung wird weiter gestärkt: Über 370 Millionen Euro zusätzlich stehen bereit, um die Elternbeitragsfreiheit zu sichern und das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu finanzieren. Insgesamt investiert das Land damit knapp sechs Milliarden Euro in die frühkindliche Förderung. Programme wie die Sprach-Kitas (38 Millionen Euro) und das Kita-Helfer-Programm (129 Millionen Euro) sind bis mindestens 2029 gesichert.

Auch im Bereich der Inneren Sicherheit setzt die Regierung ihren Kurs fort: Der Haushaltsplanentwurf 2026 sieht für die Sicherheit mehr als 6,7 Milliarden Euro vor. Die Polizei erhält allein rund 4,5 Milliarden Euro. Damit werden nicht nur jährlich rund 3.000 Polizeikräfte eingestellt, sondern auch in eine moderne technische Ausstattung investiert. Gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut wird eine Künstliche Intelligenz entwickelt, die digitale Beweismittel schneller und effizienter auswertet.

Starke Kommunen – starkes Land

Ein Drittel aller Ausgaben des Landeshaushalts entfällt auch im kommenden Jahr auf die Kommunen. Damit fließen 2026 insgesamt 40,5 Milliarden Euro an die Städte und Gemeinden – ein Plus



von 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allein über das Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten sie direkte Rekordzuweisungen von voraussichtlich über 16,5 Milliarden Euro. Das Land stellt zudem seit diesem Jahr jährlich 250 Millionen Euro zur nachhaltigen Entlastung bei kommunalen Altschulden bereit. Über einen Zeitraum von 30 Jahren werden so insgesamt 7,5 Milliarden Euro in die Stabilität unserer Städte und Gemeinden investiert.

Herausforderungen für den Standort Nordrhein-Westfalen

Deutschland befindet sich im dritten Jahr der Rezession. Hohe Energiepreise, Fachkräftemangel, Investitionsstaus bei Infrastruktur und Bildung sowie rückläufige Auslandsinvestitionen belasten die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Finanzminister Marcus Optendrenk: „Diese Herausforderungen erfordern massive Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Gleichzeitig zwingen uns die äußeren Rahmenbedingungen, klare Prioritäten zu setzen.“

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 wird die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts NRW gezielt gestärkt. Für Investitionen und Modernisierungsprojekte wird die Rekordsumme von rund 12,1 Milliarden Euro bereitgestellt. Damit steigen die geplanten Gesamtinvestitionen um über eine Milliarde Euro und rund elf Prozent gegenüber dem Haushalt 2025.

Notwendige Einsparungen

Gleichzeitig macht die Mai-Steuerschätzung die finanziellen Realitäten deutlich: 2026 fehlen dem Landeshaushalt rund 2,5 Milliarden Euro im Vergleich zu den Erwartungen zu Beginn der Legislaturperiode. Das bleibt auch für den Landeshaushalt nicht ohne Folgen. Insoweit mussten die Einsparanstrengungen verstärkt werden. Hinzu kommen die auf Bundesebene bereits beschlossenen und noch zu erwartenden Gesetze, die die Entwicklung der Steuereinnahmen dauerhaft belasten werden.

Für 2026 sind in den Ressorts Einsparungen von rund 3,4 Milliarden Euro im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung vorgesehen. Diese betreffen unter anderem globale Einsparvorgaben, Kürzungen bei Förderprogrammen und die Rückführung von Selbstbewirtschaftungsmitteln. Im Bereich der Ministerialverwaltungen ist vorgesehen, über fünf Jahre insgesamt knapp 550 Stellen einzusparen.

Insgesamt ist gleichwohl eine Nettokreditaufnahme von rund 4,5 Milliarden Euro erforderlich. Diese entfällt in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro auf die Inanspruchnahme der Konjunkturkomponente. Zudem wird die nach den jüngsten Änderungen des Grundgesetzes auch für die Länder gegebene strukturelle Neuverschuldungsmöglichkeit nach derzeitigen Berechnungen in Höhe von rund 2,7 Milliarden Euro genutzt.



Infrastruktur-Sondervermögen: Umsetzung im Herbst

Der Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr berücksichtigt noch nicht die Mittel aus dem vom Bund angekündigten Infrastruktursondervermögen. Das Gesetzgebungsverfahren des Bundes hierzu dauert voraussichtlich noch bis Mitte Oktober. Erst im Anschluss kann die gesetzliche Umsetzung in Nordrhein-Westfalen stattfinden.

Boisheim ist ein Gewinnerdorf!



Beim Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft 2025“ darf sich Boisheim über die Auszeichnung als „Golddorf“ freuen und erhält 3.500 Euro. Es gehört damit zu den 33 ausgezeichneten Dörfern,

in denen das Miteinander in besonderer Weise aktiv gelebt und das Lebensumfeld nachhaltig und zukunftsfähig gestaltet wird.

Bereits seit über 60 Jahren ist der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ fester Bestandteil unserer Landeskultur. Auch in

diesem Jahr hat eine Kommission aus Expertinnen und Experten die teilnehmenden Dörfer in Westfalen und im Rheinland bereist. Dabei haben die Dorfgemeinschaften präsentiert, was sie antreibt und wie sie ihren Wohnort mit Kreativität und Tatkraft für die Zukunft stärken.

Die feierliche Preisverleihung findet am 8. November im Versuchs- und Bildungszentrum Landwirtschaft Haus Düsse in Bad Sassendorf statt. Die vier Landesgolddörfer qualifizieren sich zudem für den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ auf Bundesebene im Jahr 2026.

Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es [hier](#).

Katholische Frauengemeinschaft aus Kempen besucht Landtag

Die Katholische Frauengemeinschaft aus Kempen war bei Marcus Optendrenk im nordrhein-westfälischen Landtag zu Gast. Neben einem regen Austausch stand ein Besuch der Plenardebatte auf dem Programm. Marcus Optendrenk: „Unser Gespräch war Teil eines spannenden Plenartages, an dem ich den Landeshaushalt für das nächste Jahr eingebracht habe. Danke für den sehr freundlichen Austausch!“



tages, an dem ich den Landeshaushalt für das nächste Jahr eingebracht habe. Danke für den sehr freundlichen Austausch!“

Landtagswahlen schon mit 16 Jahren

Gemeinsam mit den Fraktionen von Grünen, SPD und FDP wird die CDU-Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf einbringen, da-



Foto: © geralt - pixabay

mit bereits für die nächsten Landtagswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wird. Für die Änderung der Landesverfassung ist eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Bereits heute dürfen 16- und 17-Jährige an Europa- und Kommunalwahlen teilnehmen. Junge Menschen sind politisch interessiert, gestalten aktiv und bringen sich in den öffentlichen Meinungsbildungsprozess ein. Es ist daher nur folgerichtig, das Wahlalter auch auf Landesebene auf 16 Jahre abzusenken.

Landesaktionsplan „Sport und Inklusion 2025 bis 2027“

Die Landesregierung hat den zweiten Landesaktionsplan „Sport und Inklusion – Für mehr Teilhabe durch Sport und Bewegung in Nordrhein-Westfalen“ auf den Weg gebracht. Seit dem 1. Oktober 2025 werden zahlreiche Maßnahmen für mehr Teilhabe durch Sport und Bewegung in Nordrhein-Westfalen angestoßen. Der Landessportbund Nordrhein-Westfalen übernimmt die Umsetzung, ein Steuerkreis koordiniert die an der Realisierung beteiligten Verbände und Organisationen.

Der Landesaktionsplan umfasst sieben Handlungsfelder – von der Sportpraxis über Qualifizierung und Zugänglichkeit bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit und Digitali-

tät. Er soll dazu beitragen, dass Menschen unabhängig von ihren Behinderungen durch Bewegung, Spiel und Sport gesellschaftlich teilhaben können.

Die Handlungsfelder des Landesaktionsplans und weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Foto: © retrato deportivo - unsplash

Vier Millionen Euro für Kunst und Kultur in kommunalen Museen



Foto: © Jean-Carlo-Emer - unsplash

Die Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen sind lebendige Schaufenster großartiger Kulturschätze. Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützt die Kunstmuseen bei Ausstellungsprojekten, Ankäufen sowie Res-

taurierungsvorhaben und fördert auch die Kunstvereine. Zudem geht das stark nachgefragte neue Förderprogramm „Provenienzen NRW 2025“ in seine zweite Runde. Insgesamt stärkt das Kulturministerium im Jahr 2025 so mit mehr als vier Millionen Euro die Bildende Kunst im Land.

Einen detaillierten Überblick über die geförderten Ausstellungen, Ankäufe, die Restaurierungsprojekte, Projekte der Herkunftsforschung und Kunstvereine finden Sie [hier](#).

Aussetzung der globalen Mindeststeuer gefordert



Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern fordern im Finanzausschuss des Bundesrates das Aussetzen der Mindeststeuer, bis offene Fragen auf internationaler Ebene geklärt sind. Die globale Mindeststeuer mache nur dann Sinn, wenn eine Mehrheit der OECD-Mitgliedstaaten die Regelungen auch umsetze.

Durch die globale Mindestbesteuerung soll sichergestellt werden, dass Unternehmensgewinne weltweit mit mindestens 15 Prozent besteuert werden. Gewinnverlagerungen (Steuergestaltungen) in sogenannte Steueroasen sollen dadurch verhindert werden. Wenn ein Staat niedriger besteu-

ert als 15 Prozent, folgt eine Nachversteuerung durch die anderen Staaten. Ursprünglich haben sich rund 140 Staaten zur globalen Mindeststeuer bekannt. Tatsächlich haben aber nur etwa 35 Staaten die Mindeststeuer umgesetzt. Dazu gehören alle 27 Mitgliedstaaten der EU. Die USA, China und die BRIC-Staaten setzen die Mindeststeuer derzeit nicht um.

Finanzminister Marcus Optendrenk: „Die globale Mindeststeuer verfolgt im Grundsatz das Ziel, faire Wettbewerbsbedingungen für alle zu schaffen. Aber sie ist de facto derzeit ein einseitiger und unfairer Wettbewerbsnachteil für hiesige Unternehmen. Zunehmend droht eine europäische Insellösung, die für die gesamte Union zu einem Risiko wird.“

Der Grundgedanke der Mindestbesteuerung ist richtig und könnte essentielle Leitplanken für globales Wirtschaften schaffen – aber eben nur, wenn sich auch wirklich alle an diese Leitplanken halten. Aktuell sind diejenigen, die bei der Mindeststeuer fair spielen wollen, faktisch die Dummen. Aber unsere heimische Wirtschaft braucht keine steuerpolitischen Karmapunkte, sondern eine echte Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb sehen wir das Aussetzen der globalen Mindeststeuer unter den gegebenen Bedingungen als einzige Möglichkeit.“

Erster KI-gestützter Erlebnisplaner für NRW

Seit Anfang September können Ausflüge und Tagesreisen in Nordrhein-Westfalen erstmals mit Hilfe künstlicher Intelligenz geplant werden. Mit „NRWow!“, dem ersten KI-gestützten Erlebnisplaner des Landes, erhalten Gäste individuelle Vorschläge und praktische Unterstützung bei der Planung Ihrer Aktivitäten in ganz Nordrhein-Westfalen.

Das vom touristischen Landesverband Tourismus NRW e. V. gemeinsam mit allen 13 Tourismusregionen entwickelte Tool wurde von Land und EU im Rahmen der Tourismus Data Intelligence Initiative NRW mit rund 120.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Es ist ab sofort unter www.dein-nrw.de/nrwow kostenlos und mehrsprachig abrufbar.

Gäste können ihre Wünsche sowohl über klassische



Filter (z. B. Ausflugsziel, Region, Themeninteressen) als auch über eine KI-gestützte Eingabe formulieren. Das Tool erstellt einen individuellen Tagesablauf, berücksichtigt dabei Kriterien wie die verfügbare Zeit und die gewünschte Reiseart (ÖPNV, PKW, Fahrrad).

Ergänzend schlägt „NRWow!“ passende Angebote vor – von Museen über Sehenswürdigkeiten bis hin zu Restaurants. Auch zusätzliche Informationen werden bereitgestellt, zum Beispiel welches Restaurant entlang der Radroute gerade geöffnet hat und zusätzlich vegane Küche anbietet.

400 Jahre St. Lambertus-Bruderschaft



Mit einem großen Festumzug feierte am 14. September 2025 die St. Lambertus-Bruderschaft Breyell e.V. ihr 400-jähriges Bestehen. Unter der Schirmherrschaft von Marcus Optendrenk fand das Jubiläumsschützenfest vom 12. bis zum 16. September in dem Nette-taler Stadtteil statt.

Marcus Optendrenk: „Ich freue mich sehr, dass ich bei dieser tollen Veranstaltung mit einem abwechslungsreichen Programm und dem Königsgalaball als festlichem Abschluss die Schirmherrschaft übernehmen durfte.“

Übrigens: Das Festbuch zum 400-jährigen Jubiläum ist bei der St. Lambertus-Bruderschaft Breyell gegen eine Spende von 10 Euro erhältlich. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

Widerspruchslösung bei Organspende

Gemeinsam mit sieben weiteren Bundesländern hat Nordrhein-Westfalen in der Sitzung des Bundesrates am 26. September 2025 erneut den Gesetzentwurf zur Einführung der Widerspruchslösung bei der Organspende eingebracht. Der Entwurf sieht vor, dass zukünftig alle volljährigen Menschen in Deutschland grundsätzlich als Organspender gelten, wenn sie dem nicht widersprechen.

Hintergrund ist die massive Lücke zwischen gespendeten Organen und Personen, die ein Spenderorgan benötigen – obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung der Organspende gegenüber positiv eingestellt ist. Deutschlandweit warteten zum Stichtag 1. Januar 2025 laut der Stiftung Euro-

transplant fast 8.300 Patientinnen und Patienten auf ein Spenderorgan, allein in Nordrhein-Westfalen über 1.700

Menschen. Zugleich wurden im Jahr 2024 in Deutschland aber nur rund 2.850 Organe gespendet, in Nordrhein-Westfalen waren es knapp 500.

Eine ausführliche Übersicht über den Gesetzentwurf finden Sie [hier](#). Weitere Informationen zum Thema Organspende gibt es [hier](#).



Foto: © Jasmin77 - pixabay

Reform des Kinderbildungsgesetzes



Foto: © Westfale - pixabay

Nach einem mehrmonatigen intensiven Austausch mit den Spitzenvertretern

der Kommunalverbände, der Träger und der Kirchen hat das Landeskabinett die Eckpunkte für die Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) beschlossen. Mit dieser sollen mehr Verlässlichkeit und Stabilität in der Kindertagesbetreuung gesichert werden.

Das Paket sieht eine umfangreiche Entbürokratisierung und Flexibilisierung, eine mit zusätzlichen mindestens 50 Millionen Euro unterlegte Personaloffensive und eine dauerhafte Finanzstabilisierung vor. Dafür erhöht das Land die Grundfinanzierung ab dem 1. August 2027 um jährlich 200 Millionen Euro. Darüber hinaus stellt das Land insgesamt 1,5 Milliarden Euro für Investitionen bereit.

Eine Übersicht über die Säulen der Reform – Personaloffensive, Finanzstabilisierung, Entbürokratisierung und Flexibilisierung – finden Sie [hier](#).

Kostenlose Fortbildungsreihe zum Vereinsrecht



Am 9. Oktober 2025 startet die Online-Fortbildungsreihe „Vereinsarbeit? Aber sicher!“ der Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement. Die kostenfreie Reihe richtet sich an Interessierte, Engagierte, Vorstände und Vereine und informiert rund um das Thema Vereinsrecht.

Die Bandbreite der Fortbildungsreihe reicht von Fragen von der Gründung eines

Vereins über die Rechte und Pflichten des Vorstands und der Mitglieder bis hin zur Vereinsauflösung. Komplexe juristische Sachverhalte werden auf das Wesentliche runtergebrochen und verständlich erklärt.

Die insgesamt sechs Webinare der Fortbildungsreihe finden online und während der Mittagszeit statt. Als Referenten treten Juristen sowie ein Organisationsberater mit entsprechender Expertise auf. In den kompakten Formaten wird auch den Teilnehmenden die Möglichkeit geboten, eigene Fragen zu stellen. Weitere Informationen und die Anmeldung zu den einzelnen Veranstaltungen gibt es [hier](#).

Philologen zu Gast im Landtag

Mitte September bekam Marcus Optendrenk Besuch von einer Gruppe junger Philologinnen und Philologen aus ganz Deutschland im nordrhein-westfälischen Landtag.

Marcus Optendrenk: „Wir hatten eine anregende Diskussion über haushaltspolitische Herausforderungen und die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Lehrerinnen und Lehrer sind wichtige Gesichter unseres Staates. Durch die



Ausbildung der Schülerinnen und Schüler formen sie die Zukunft unseres Landes. Deshalb ist der Lehrerberuf so wichtig. Danke für den Besuch und die wertvolle Arbeit.“

Engagementpreis NRW 2025: Online-Abstimmung gestartet



Am 1. Oktober 2025 ist die Online-Abstimmung für den Publikumspreis des

Engagementpreises NRW 2025 gestartet. Bis zum Ende des Monats können die Menschen im Land darüber abstimmen, welches der zwölf nominierten Projekte ihr Favorit ist und mit dem Publikumspreis ausgezeichnet werden soll

Der Engagementpreis NRW 2025 steht unter dem Motto „Nachwuchs sichern und Zukunft gestalten – Talente fördern und Potenziale entfalten“. Die Preisträger des Publikumspreises und weiterer Kategorien werden am 15. Dezember 2025 im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in Düsseldorf bekanntgegeben.

Zu den nominierten Projekten gehört auch die St. Josefs und St. Gereon Schützenbruderschaft Viersen Krefelder Straße 1883/1710 e.V., die ihren jungen Mitgliedern ein Vorstandspraktikum anbietet. Über die Mitarbeit im Vorstand lernen Jugendliche in der Praxis und gewinnen Einblicke in die organisatorischen Abläufe. Denn das Wissen um die Aufgaben fördert ganz unabhängig vom Lebensalter die Bereitschaft, sich das Ehrenamt zuzutrauen. Der Vorsitzende, zwei ehemalige Praktikantinnen – beide sind mittlerweile im Vorstand – und die städtische Gemeinwesenarbeit haben gemeinsam einen Leitfaden entwickelt, der anderen Vereinen helfen kann, Vorstandspraktika anzubieten.

Die Online-Abstimmung ist bis zum 31. Oktober 2025 [hier](#) möglich.

20 neue Schnellbus-Linien



Foto: © VRR

Zu den bereits bestehenden 37 Schnellbuslinien in Nordrhein-Westfalen kommen bis zum Jahr 2027 landesweit 20

weitere Schnellbuslinien hinzu, um ländliche Räume zu stärken. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt für den Betrieb der zusätzlichen Schnellbusse bis zum Jahr 2032 Fördermittel von 140 Millionen Euro bereit. Damit wird die bisherige Schnellbusförderung von bislang 100 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

Insgesamt werden landesweit 1,6 Millionen Menschen von schnellen Busverbindungen profitieren, davon rund 600.000 durch die neuen Linien. Die 20 zusätzlichen Buslinien sollen für eine Fahrleistung von rund 9,2 Millionen Buskilometern pro Jahr sorgen. Erstmals soll ein großer Teil der Flotte mit Elektro- und Wasserstoff-Bussen betrieben werden.

Die Pläne sehen unter anderem acht Linien im Bereich des VRR vor. Hierzu gehört auch die Strecke Geldern – Straelen – Brüggen – Wegberg – Erkelenz.

Eine Karte der alten und neuen Schnellbuslinien finden Sie [hier](#).

Europa-Schecks für 2026 jetzt beantragen

Mit der Landesinitiative Europa-Schecks unterstützt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Europa-Projekte im ganzen Land. In diesem Jahr haben sich über 500 Projekte zu den fünf Stichtagen beworben, und mehr als die Hälfte von ihnen hat eine Zusage erhalten.

Auch 2026 stellt die Landesregierung wieder eine Million Euro für Aktivitäten zur Verfügung, die sich vielfältig für die europäischen Werte einsetzen, Menschen aufzeigen, wie sie sich in Europas Demokratie einbringen können und den Europagedanken in der Zivilgesellschaft stärken. Wie auch im vergangenen Bewerbungsjahr werden ausgewählte Projekte mit inhaltlichem Europaschwerpunkt mit bis zu 25.000 Euro unterstützt.

Akteure aus der Zivilgesellschaft, aus Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen



sowie die kommunale Familie aus NRW können sich online mit ihren Projektideen für 2026 bewerben. Der erste Stichtag für Europa-Scheck-Projekte im kommenden Jahr ist der 1. Dezember 2025.

Ausführliche Informationen zur Landesinitiative, zu den Teilnahmebedingungen 2026 sowie Beispiele erfolgreicher Bewerbungen gibt es [hier](#).

Land baut Beratungsangebot für Rückkehrer aus



Die Landesregierung baut das Beratungsangebot für Menschen aus, die nach einem erfolg-

losen Asylantrag oder aus anderen Gründen wieder in ihre Heimat zurückwollen. Dazu stellt das Ministerium für Flucht und Integration rund 2,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Menschen ohne Bleibeperspektive sollen darin unterstützt werden, einen für sie passenden Weg zur Rückkehr in ihr Herkunftsland zu finden. Die freiwillige Rückkehr ist im Vergleich zur Rückführung weniger belastend und wirkungsvoller, gleichzeitig auch deutlich kostengünstiger für den Staat. Im vergangenen Jahr sind über das entsprechende Programm 2.048 Menschen in Nordrhein-Westfalen ausge- reist. Zum 31. Juli 2025 waren es bislang nach vorläufigen Zahlen 1.674.



Dr. Marcus Optendrenk
CDU Kreisverband Viersen
Goetersstr. 54, 41747 Viersen

